

Kommunen sind schlechtere Arbeitsvermittler

Studie kritisiert Management der Städte und sieht dort vor allem Migranten bei der Jobsuche benachteiligt

Von Roland Preuß

München – Wer kann besser mit Hartz-IV-Empfängern umgehen – die Arbeitsagenturen mit ihren Jobcentern oder die Kommunen? Dieser Streit hat am Dienstag durch ein Gutachten neue Nahrung erhalten. Demnach verhelfen die Kommunen arbeitslosen Migranten deutlich seltener zu einem neuen Job als Einrichtungen, in denen Arbeitsagentur und Städte zusammenarbeiten. Dies jedenfalls kritisiert der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in seinem Jahresbericht, der am Dienstag in Berlin vorgestellt wurde. Der SVR gilt als renommiertes Expertengremium auf dem Gebiet. In der 200 Seiten langen Untersuchung bemängeln die Fachleute zudem einen Wirrwarr an Zuständigkeiten und Aktivitä-

Die Fachleute kritisieren auch einen Wirrwarr bei der Integrationspolitik.

ten in der Integrationspolitik, der Erfolge verhindere. Der SVR fordert deshalb mehr Austausch von Bund, Ländern und Gemeinden und einen „Masterplan“ Integration. Kommunen und Bundesregierung wiesen dies zurück.

Der Streit über die kommunalen Arbeitsvermittler geht auf die Arbeitsmarktreformen unter dem früheren Kanzler Gerhard Schröder (SPD) zurück. Anfang 2005 war Hartz IV eingeführt worden, Arbeitsagenturen und Kommunen versuchten fortan gemeinsam, in Jobcentern Hartz-IV-Bezieher eine Stelle zu vermitteln. Auf Druck des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) durften jedoch 69 Landkreise und Städte die Arbeitsvermittlung vollständig selbst in die Hand nehmen, die sogenannten Optionskommunen. Seit Anfang dieses Jahres sind weitere 41 Kommunen hinzugekommen.

Dies aber sei zum Nachteil der Migranten, schreibt der SVR. Laut Gutachten vermittelten Optionskommunen Zuwanderer mit vergleichbarem Lebenslauf um vier Prozent seltener in eine neue Vollzeitstelle als die Gemeinschaftsbehörden von Kommunen und Arbeitsagentur. Auch bei Einheimischen hätten die Kommunen eine schlechtere Vermittlungsbilanz, Migranten seien jedoch besonders stark betroffen, sagte der SVR-Vorsitzende und Osnabrücker Geschichtsforscher Klaus Bade der *Süddeutschen Zeitung*. „Die Kommunen haben ihre Chan-



Manche Jobcenter leihen Arbeitssuchenden sogar Hemd und Schlips für das Bewerbungsfoto.

Foto: Lohnes/dapd

cen nicht genutzt.“ Eine schlechtere Bilanz bei der Vermittlung aller Hartz-IV-Bezieher hatten die Kommunen bereits frühere Studien bescheinigt.

Ursache ist laut SVR ein besseres Management der Gemeinschaftsbehörden durch die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesarbeitsministerium. Diese würden Ziele vorgeben und Erfolge kontrollieren. Zudem würden die Argen die Hartz-IV-Empfänger häufiger in Trainingsmaßnahmen schicken und bestrafen, wenn diese ihre Pflichten verletzen.

Die Analyse beruht auf Angaben aus den Jahren 2006/2007, den neuesten verfügbaren Daten. Hier setzte denn auch die Kritik des Deutschen Landkreistags (DLT) an. Die Untersuchung sei zeitlich „bereits überholt“, sagte der DLT-Sozial-experte Markus Keller. Es gebe inzwischen eine Reihe von Kommunen, die Integration bei der Vermittlung stark berücksichtigten. Die Zahl der Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher sei aus Überzeugung niedriger, in der Regel reiche es, mit Strafen zu drohen, sagte Keller.

Der SVR stellte seine Untersuchung am selben Tag vor, an dem die Bundesregierung eine für Kommunen schmeichelhafte Untersuchung präsentierte. Das Papier zum Stand der Integration in den Städten und Gemeinden zeige, dass die Rathäuser Eingliederung „als zentrales Thema“ aufgreifen und danach handeln, sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU). Der Umfrage zufolge messen 71,5 Prozent der befragten Kommunen der Integration von Migranten eine „sehr hohe und hohe Bedeutung“ zu. Böhmer wies die Kritik des Sachverständigenrats zurück. Es existiere bereits eine hervorragende Zusammenarbeit, vor allem zwischen Bund und Kommunen, die Frage nach einem „Masterplan“ stelle sich nicht mehr.

Bade sagte dagegen, es gebe viele arme Kommunen, die sich eine aktive Integrationspolitik gar nicht leisten könnten. Als Beispiel nannte er die Zuwanderung verarmter Roma aus Rumänien und Bulgarien, die sich bevorzugt in Berlin-Neukölln oder im Ruhrgebiet niederlassen.

Mindestarbeitslosengeld für Geringverdiener

Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert von der Bundesregierung, ein Mindestarbeitslosengeld einzuführen. Dies soll es für alle Erwerbslosen geben, die zuletzt einen Vollzeitjob hatten. Nach Angaben des Dachverbands erhalten 40 Prozent der Arbeitslosen mit Ansprüchen aus der Arbeitslosenversicherung weniger als 700 Euro im Monat. Von einem Mindestarbeitslosengeld in Höhe

von 750 Euro im Monat würden 340 000 der 780 000 Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG I) profitieren. Dabei handelt es sich vor allem um Beschäftigte im Niedriglohnssektor. Die Kosten belaufen sich auf gut 500 Millionen Euro im Jahr, rechnet der Verband vor. Er verlangt außerdem wie schon zuvor die SPD und der DGB, die Bedingungen für den Bezug von ALG I zu lockern. tö